

Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verleger:
Karl Riesfaer
Sonnabend Nr. 22.
Sonntag Nr. 23.

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Seehausen, des Amtsgerichts und der Kantonsverwaltung beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Bürgermeisters Riesa und des Hauptmanns Meißner beiderseits bestimmtes Blatt.

Hauptschredaktion:
Riesa 1182.
Stadtplatz
Riesa Nr. 22.

Nr. 119.

Sonnabend, 25. Mai 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt enthält jeden Tag abends 1/4 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, Doppelseiten, gegen Voranmeldung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellung. Die bei der Bestellung zu zahlende Vorauszahlung beträgt 1/4 Mark. Die Abnahme erfolgt durch den Postboten oder durch den Besteller. Die Abnahme erfolgt durch den Postboten oder durch den Besteller. Die Abnahme erfolgt durch den Postboten oder durch den Besteller.

Das Mein der deutschen Sachverständigen.

Die Alliierten forderten 52,8 Millionen jährlich mehr!

Die Krise.

Unzweifelhaft besteht, nachdem wir von dem Memorandum der Sachverständigen Kenntnis erhalten haben, eine Krise, die zu großer Besorgnis Anlass geben muß. Das Memorandum stellt Forderungen an Deutschland, die Dr. Schacht nicht bewilligen darf, es lehnt die deutschen Sicherungen zum größten Teil ab und ist vom deutschen Standpunkt aus gesehen ein wenig erfreuliches Ergebnis der Verhandlungen langer Wochen. Wenn die deutsche Delegation auch unabhängig ist, so hat sie doch die Verantwortung nicht übernehmen wollen und der Regierung sofort das Memorandum zur Prüfung übermitteln. Wie wir hören, haben gestern lange Beratungen innerhalb der Regierung stattgefunden, an denen auch die Referenten der Sachverständigen teilnahmen. Und wenn aus der Wilhelmstraße auch erklärt wurde, die Regierung habe eben nur Kenntnis von dem Memorandum genommen, die deutschen Sachverständigen oder noch kleiner die deutsche Regierung, so muß dem gegenüber festgestellt werden, daß es durchaus begründlich war, daß von Seiten der Regierung nach Paris die Ansicht übermitteln wurde, es ist unangebracht, das Memorandum anzuerkennen. Mit dieser Erklärung hat die Regierung die deutschen Sachverständigen aber bereits insuliert, deren Ansichten aber mit denen der Regierung übereinstimmen, so daß man nicht davon sprechen könnte, die deutschen Sachverständigen verstanden jetzt der Auffassung in Berlin Geltung zu verschaffen. Es ist durchaus erklärlich und begründlich, wenn die Regierung an einem solchen Wendepunkt aus ihrer Zurückhaltung heraustritt. Die Sachverständigen mögen unabhängig sein, sie werden für Direktiven in einer Frage, die die Entscheidungen fordert, ein offenes Ohr haben. Und letzten Endes hat ja die Berliner Regierung die Entscheidung. Man darf schon die feste Meinung der unabhängigen Sachverständigen aufgeben. Unabhängig sind die Sachverständigen an sich sowieso nicht. Denn sie haben vor den Pariser Verhandlungen mit der Regierung verhandelt, und sie haben während der Pariser Verhandlungen in Berlin verschiedene Mitsprachen gehabt und die Ansichten, wenn wohl auch nicht Befehle, der Regierung mitgeteilt. Und soweit sie nicht direkt von der Regierung beeinflusst waren, sind sie abhängig gewesen von Wirtschaftskreisen, denen sie nahesteht und deren Ansichten auf die ihren sind. Das hat sich am deutlichsten im Falle Böglers gezeigt.

Denn liegt klar, daß Dr. Böglers die Anschauungen der Schwerindustrie vertritt. Diese Anschauungen verpflichteten ihn, sich schließlich zurückzuziehen. Man mag nun diesen Rücktritt beurteilen wie man will. Er wird in Paris die Lehre geben, daß man den Bogen überspannt, denn wenn die deutsche Schwerindustrie als Träger der Hauptlasten erklärt, die Forderungen seien unerfüllbar, so müssen solche Erklärungen ernst genommen werden. Vor allem deshalb, weil die deutsche Schwerindustrie durchaus reparationsfreundlich eingestellt ist und nicht etwa jede Forderung ablehnt. Aber auch auf die Berliner Stellen, die um des lieben Friedens willen mehr geben möchten, als sie dürfen, muß der Rücktritt als Protest dienen und sie zur Erkenntnis bringen, genauer zu prüfen und zu überlegen, ob die Regierung etwa gegen die Ansichten der Schwerindustrie aufzutreten darf. In der Reparationsfrage muß vor allem in Deutschland Einigkeit herrschen, denn das ganze Land hat die Forderungen zu tragen. Jede Stimme hat daher Geltung und muß beachtet werden.

Nehmen wir ruhig an, die Berliner Regierung ist mit den deutschen Sachverständigen der Auffassung, unannehmlich ist das Memorandum annehmbar. Deshalb reden wir an einem Wendepunkt, stehen in der Krise, denn von deutscher Seite kann nun in allen Verhandlungen alleinstimmig dieser Standpunkt vertreten werden, der das Nachgeben der anderen fordert. Es wird daher von den anderen abhängen, ob die Krise zum Bruch führt, ob die Sachverständigen beitreten, ohne das erwünschte Ergebnis.

Die Entlohnung gefallen.

Paris, 24. Mai. Die deutschen Sachverständigen haben am Freitagabend den Gläubigerforderungen mitgeteilt, daß es für die Deutschen unannehmlich ist, ihre Forderungen zu erfüllen, und daß sie eine weitere Entscheidung über die Höhe der deutschen Zahlungen für zweifelhaft halten.

Sie rufen mit dieser Mitteilung die Aufmerksamkeit der Alliierten auf die Schwierigkeiten, die die Deutsche Wirtschaft durch diese Forderungen erleiden würde, und daß sie eine weitere Entscheidung über die Höhe der deutschen Zahlungen für zweifelhaft halten.

Auch der Vorsitzende der Konferenz, Owen Young, hat den Alliierten zu verstehen gegeben, daß er ihre Forderung, daß von ihm entworfenen Zahlungsplan nicht billigen könne, und er hat damit den Standpunkt der deutschen Regierung geklärt.

Paris, 24. Mai. Die deutschen Sachverständigen haben am Freitag vor einer schweren Entscheidung gestanden. Die Verhandlungen mit den Alliierten, insbesondere eine Aussprache mit dem französischen Quai, ergab, daß die Alliierten von ihrer Forderung des Zahlungsplans über die deutschen Zahlungen nicht abgehen wollten. Auf deutscher Seite mußte man sich daher darüber klar werden, ob man erneut Nachbittungen zeigen und erneut von dem Wunsch der deutschen Zahlungsplanmäßigkeit zugunsten der darüber hinausgehenden politischen Forderungen der Alliierten absteigen wollte, oder ob man bei der Forderung festhalten sollte. Die deutschen Sachverständigen haben das letzte getan.

Die Entwicklung, wie man sie auf deutscher Seite im Augenblick sieht, heißt sich folgendes denken: Falls man zu einer Einigung über den Zahlungsplan übergehen könnte, so würde man diesen Plan unterzeichnen, jedoch die Regelung der Höhe der deutschen Zahlungen offen lassen, d. h. den Regierungen der Alliierten die Entscheidung überlassen. Sollte dagegen ein über die Vorbehalte keine Einigung zu erzielen sein, so würde die Konferenz mit getrennten Berichten der Alliierten und der Deutschen auseinandergehen. Diese Entscheidung der deutschen Sachverständigen dürfte von allen Deutschen ernstlich begrüßt werden, vor allem, wenn man erklärt, daß die neue Gruppierung der deutschen Forderungen, die die Alliierten in dem Zahlungsplan vorgeschlagen haben, eine Verringerung von 52,8 Millionen Goldmark im Jahre bedeuten würde (1).

Paris, 24. Mai. Ueber den Stand der Reparationsverhandlungen kann folgendes mitgeteilt werden: Die deutschen Delegierten haben heute die Besprechung, die der Klärung der Zahlungsfrage dienen soll, fortgesetzt. Der Grund der von den Vertretern der Antwort der Gläubigerseite auf die deutschen Vorbehalte gegebene Erklärung lautet: Es ist ein zu eine zusätzliche Erhöhung der deutschen Zahlungen von jährlich 52,8 Millionen Mark. Angesichts dieser entscheidenden Meinungsverschiedenheit in der Zahlungsfrage ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß entweder darüber getrennte Berichte erstattet werden oder überhaupt eine Verhandlung nicht zu erzielen ist. Im übrigen sind in der gestrigen Nachmittagssitzung die Vertreter der Gläubigerdelegationen aufgefordert worden, sich zu den bekannten deutschen Vorbehalten zu äußern. Eine Antwort hierüber steht noch aus.

Die Pariser Presse zum Rücktritt Böglers.

Paris. Zum Ausscheiden Dr. Böglers aus der deutschen Sachverständigendelegation schreibt Lemps, die Demission habe keine ernste Krise hervorgerufen. Denn Dr. Böglers sei sofort durch Geheimrat Kahl ersetzt worden, so daß die Beisprechung über das Memorandum vom 22. Mai und über den revidierten Berichtsentwurf weitergeführt werden könne. Die deutschen Sachverständigen seien in dem die Arbeiten der Konferenz in ihre entscheidende Phase eintraten, sei nicht überraschend. Es sei ganz natürlich, daß bei einer derartigen Verhandlung die schwierigsten Fragen bis zu dem Augenblick aufgeschoben würden, in dem es sich darum handele, endgültig zum Abschluß zu kommen, und daß bei Behandlung dieser Fragen die einzelnen verantwortlichen Partner die größten Anstrengungen für die Sache, die sie bearbeiteten, unternähmen. Das bedeute jedoch nicht, daß man auf der einen oder auf der anderen Seite absichtlich den Abbruch ins Auge fassen wolle, wenn man nicht voll zufriedengestellt werde.

Paris. Ganz berichtet über die gestrigen Verhandlungen der Reparationsfachverständigen: Die Sachverständigen der Gläubigerseite haben vormittags ein nachmittags einen Verhandlungsstandpunkt von Delegation zu Delegation über die Bemerkungen, die Dr. Schacht zu dem Memorandum der Alliierten gemacht hat, gepflogen. Die beiden gegenüberliegenden Ansichten einander anzulegen und man kann daher den heutigen Tag als eine Periode der Vorbereitung und des Abwartens ansehen. Die Punkte, über die eine Einigung am schwersten zu erzielen sein wird, beziehen sich vor allem auf die Frage der in Belgien ausgegebenen Kart-Banknoten, die Herstellung der Kohlelieferungen zur Aufbringung der Zahlungen und auf das Zahlungs-moratorium. Dr. Schacht hatte gestern nachmittags eine Unterredung mit dem Vorsitzenden der Reparationskonferenz Owen Young. Heute werden die Gläubigerdelegationen wahrscheinlich nahezu endgültig ihre Forderungen an den Sachverständigen Dr. Schacht mitteilen. Man wird abwarten

sehen, ob eine Verständigung über alle kritischen Punkte möglich ist, oder ob eine kleine Anzahl davon mangels einer zu findenden Lösung den Regierungen zur Behandlung anheimgefallen werden muß.

„Schluß mit der Nebenregierung!“

Berlin. (Telefont.) Die „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht einen offensichtlich nicht reaktionellen Artikel über die Querirreberien gegen den Hauptverantwortlichen deutschen Sachverständigen in Paris, Dr. Schacht, der hinsichtlich der Höhe der Einflüsse enthält, die von vornherein die Stellung Dr. Schachts hätten präjudizieren und erschweren müssen. Unter der Überschrift „Schluß mit der Nebenregierung!“ verweist der Artikel zunächst auf die verschiedentlich in der deutschen Presse besprochene „Nebenregierung“ Dr. Schachts, Georg Bernhardt und den französischen Quai hin, die seinerzeit anlässlich der Aufrollung der Räumungs- und Reparationsfrage in Genf eine Rolle gespielt habe, und fährt fort:

„Diese Nebenregierung ist auch jetzt wieder in Erscheinung getreten. Es ist bekannt, daß Georg Bernhardt seit langem mit dem Reichsbaupräsidenten Schacht verfeindet ist. Dieser allen Gegnerschaft traten jedoch in dem Augenblick, wo Schacht nach Paris entsandt wurde, neue Partner bei. Zunächst Herr Ollering, der sich bis zuletzt die größte Mühe gegeben hatte, die Ernennung Schachts zu unterstützen. Außerdem Herr Stresemann, der persönlich mit Schacht seit langem gekannt hat. Stresemann steht seit dem Herbst v. J. in der Mehrheit, die seine Verhandlungspolitik bisher gesunden hatte, immer mehr gesamtstaatlich. Er hat aber noch den großen Ehrgeiz, diese Politik mit einer Regelung der Reparationsfrage, vor allem aber mit einer vollständigen Räumung des Rheinlandes, abzuwickeln. So entstand die Nebenregierung Ollering-Stresemann-Bernhardt. In den Kabinettverhandlungen vor Beginn der Pariser Konferenz war die Höchstgrenze der Jahreszahlungen, die an der Reichsbauverwaltung gehen sollte, auf 1000 Millionen festgelegt worden. Schacht hatte bereits damals erklärt, daß er diese Summe für untragbar für die deutsche Wirtschaft halte, und die Höchstgrenze auf 1000 Millionen beschränkte. Das Ministerium Stresemanns und Ollering gegen Schacht führte jedoch kurz nach der Abreise des Reichsbaupräsidenten zu folgender „harmloser“ Umdeutung: Den Franzosen wurde auf dem Wege über die deutsche Delegation in Paris die Höchstgrenze der Jahreszahlungen mitgeteilt, auf die sich das Kabinett geeinigt habe. Das erklärte die Erbitterung, mit der die Alliierten einen Tag vor dem Tode Lord Revelstokes das Angebot Dr. Schachts ablehnten. Man erreichte damit, daß man Schacht in der Folgezeit wieder kräftiger an die Spitze der Berliner Regierung — in dieser Rolle bereits der Nebenregierung — legte. Er wurde gezwungen, das Angebot der Gegenseite, und zwar dasjenige Owen Youngs, anzunehmen. Schacht selbst desinteressierte sich daraufhin an der Ziffer der Jahreszahlungen und beschränkte sich auf die 12 Vorbehalte, die er von sich aus als Wirtschaftssachverständiger machen mußte. In diesem Augenblick jedoch sprang der zweite Hauptdelegierte Deutschlands, Dr. Böglers ab, und erklärte die Bedingungen der Gegenseite für untragbar. Ueber den Rücktritt Dr. Böglers hat die Reichsregierung acht Tage lang strenges Stillschweigen bewahrt. Als sich die Bemühungen, ihn umzustimmen, als vergeblich erwiesen, trat die Nebenregierung in Aktion, und Georg Bernhardt, den man schon früher einmal durch das Ausland in die Schweiz geschickt hatte, wurde in Paris als ausführende Amt auf die Anwesenheit Rühlmanns in Paris hatte aufmerksam machen lassen und der auch damals sofort und prompt gegen Schacht mobilgemacht hatte, wurde losgelassen. Der Erfolg dieser Aktion war die geradezu ungeheuerliche Kampagne, die die „Völkische Zeitung“ und mit ihr die gesamte ultrarechte Presse gegen Dr. Böglers entfesselte. Diese Kampagne hat die Stellung Schachts in Paris beinahe unhaltbar werden lassen, denn während bis dahin der Rücktritt Böglers die Gegenseite ziemlich ernst gekündigt hatte, die ja auch durch die amerikanische Aufforderung zur Bezahlung der 400 Millionen Dollar bezw. der Ratifizierung des franko-amerikanischen Schuldenabkommens bereits nachdrücklich gestimmt war, ließ die Aktion Georg Bernhards plötzlich den Rücktritt Böglers nur als Verstoß eines kleinen intransigenten Kreises erscheinen und entwertete ihn damit. Es ist interessant, zu wissen, daß die Aktion Georg Bernhards unter enger Beteiligung Stresemanns und Ollering erfolgte.“

Der Artikel fährt des Weiteren aus, daß es Bernhardt diesmal in der Hauptsache um den Bestand der Großen Koalition ginge, deren Regierung auf Weibel und Herderben sich von dem Ausgang der Pariser Verhandlungen abhängig gemacht habe.